

Sicherheit & Sicherheitsgefühl in Kassel: eine randomisierte Kontrollstudie

Pfeiffer, Tim; Schippers, Björn

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pfeiffer, T., & Schippers, B. (2024). Sicherheit & Sicherheitsgefühl in Kassel: eine randomisierte Kontrollstudie. *Stadtforschung und Statistik : Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker*, 37(1), 36-45. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-94207-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-SA Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-SA Licence (Attribution-NonCommercial-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0>

Tim Pfeiffer, Björn Schippers

Sicherheit & Sicherheitsgefühl in Kassel

Eine randomisierte Kontrollstudie

Die Frage nach dem Einfluss von Polizeipräsenz auf das subjektive Sicherheitsgefühl und die polizeilich registrierte Kriminalitätslage fristete in der deutschen Kriminologie bislang ein Schattendasein. Fundierte Untersuchungen hierzu sucht man vergeblich. Der vorliegende Beitrag berichtet von der ersten randomisierten Kontrollstudie in Deutschland, die den Einfluss von Polizeipräsenz auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger, die berichtete Opferwerdung und die polizeilich registrierte Kriminalitätslage untersucht.¹ Der Fokus liegt dabei auf dem methodischen Vorgehen, insbesondere der durchgeführten Panelbefragung, die die Stadt Kassel zusammen mit dem Projektleiter der Universität Gießen zur Erfassung des subjektiven Sicherheitsgefühls durchführte. Teile dieses Beitrags sowie die Ergebnisse des Experiments selbst werden in diesem Jahr bei Pfeiffer (vgl. 2024) erscheinen.

Dipl.-Jur.Univ. Tim Pfeiffer, B. A.

Doktorand und seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität in Gießen; Projektleiter der im Beitrag besprochenen randomisierten Kontrollstudie in Kassel, welche als Dissertationsprojekt im Rahmen seiner Promotion fungiert.

Schwerpunkte: Kriminologie, Polizeiforschung, empirische Sozialforschung und Strafrecht

 tim.pfeiffer@recht.uni-giessen.de

Björn Schippers

Diplom-Geograph, Stadt Kassel – Kommunalstatistik (seit Dezember 2015).

Schwerpunkte: Bevölkerungsstatistik & Demografie, Sozialraum- und Segregationsanalysen, GIS-Visualisierungen

 bjoern.schippers@kassel.de

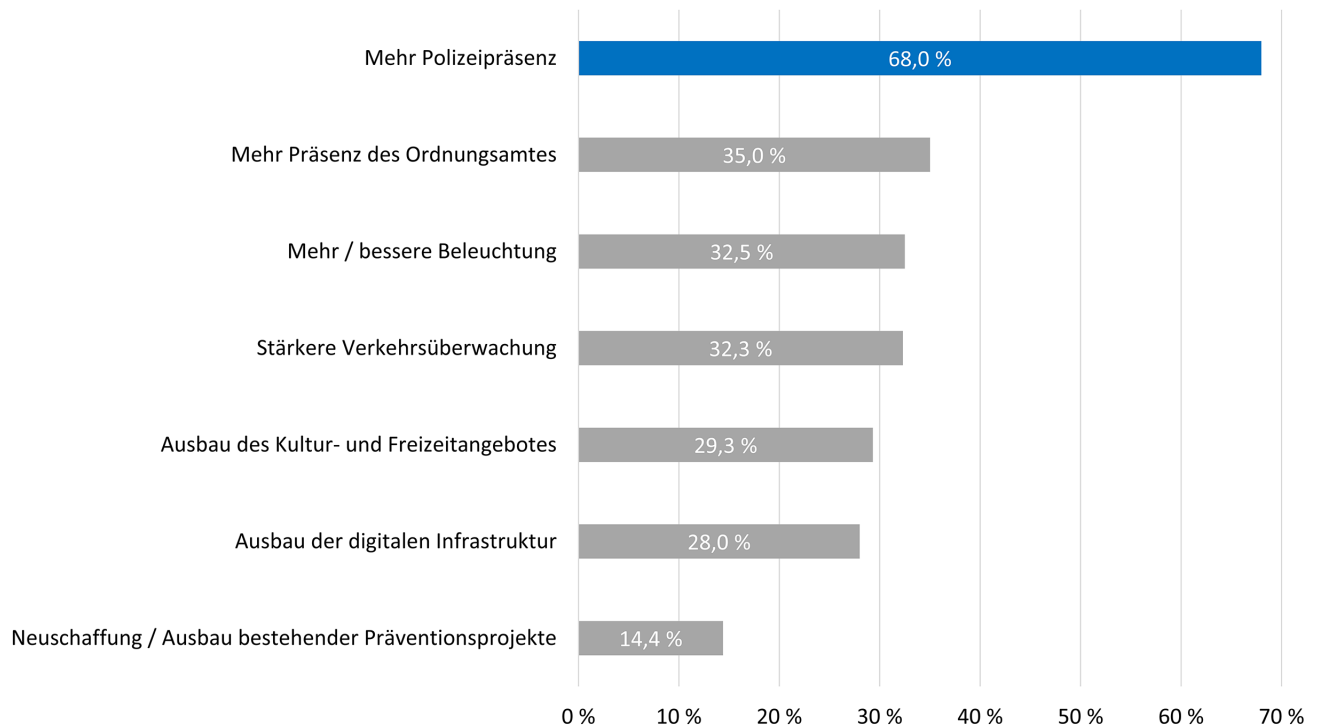
Schlüsselwörter:

Experiment – Polizeipräsenz – Sicherheitsgefühl – Kriminalitätslage – Methodik

Ausgangspunkt

Die Antwort auf die Frage, was getan werden müsste, um die Sicherheit in einer Stadt bzw. Gemeinde zu verbessern, liegt für viele Kommunen, ebenso wie für ihre Bürgerinnen und Bürger, oft klar auf der Hand: mehr Polizeipräsenz. Dies zeigte sich auch im Rahmen des Projektes KOMPASS (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel), welches im Jahr 2017 vom Hessischen Innenministerium (HMdIS) zur Stärkung der kommunalen Kriminalprävention initiiert und seitdem von der Professur für Kriminologie an der Justus-Liebig-Universität in Gießen (JLU) wissenschaftlich begleitet wurde.² Bis 2023 führte die Professur für Kriminologie in insgesamt 54 hessischen Städten und Gemeinden repräsentative Bürgerbefragungen zum subjektiven Sicherheitsgefühl und zur Lebensqualität in den jeweiligen Kommunen durch. Allein im letzten Befragungsdurchgang – mit rund 20.000 Befragten aus 26 Kommunen – forderten 68 % der Bürgerinnen und Bürger mehr Polizeipräsenz zur Verbesserung der Sicherheit in ihrer Stadt bzw. Gemeinde. Wie Abbildung 1 zeigt, lag dieser Wunsch damit weit vor allen anderen Präventionswünschen der Befragten. Die Forderung nach mehr Polizeipräsenz zwecks Herstellung und Erhaltung von Sicherheit in einer Kommune ist jedoch alles andere als neu. Schon in älteren Studien zeigte sich immer wieder ihr immenser Stellenwert bei den Sicherheitsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger (siehe z. B. Dörmann u. Remmers 2000). Gerade angesichts der Zeitlosigkeit dieses Wunsches, vor allem nach routinemäßiger Präventivbestreifung durch die Polizei, ist es umso erstaunlicher, dass die dahinterstehende Grundsatzfrage, ob und, wenn ja, wie diese überhaupt auf das subjektive Sicherheitsgefühl und die polizeilich registrierte Kriminalität wirkt, bis heute auf einen äußerst prekären Forschungsstand trifft. Die Anzahl fundierter Studien in diesem Bereich ist nach wie vor überschaubar – selbst international. Damit angesprochen sind randomisierte Kontrollstudien [engl.: randomized controlled trials; RCT (Friede et al. 2023)], welche nicht ohne Grund disziplinübergreifend als „Goldstandard“ (Friede et al. 2023: 1) bezeichnet werden (siehe z. B. Kabisch et al. 2011 für die Medizin oder Perry et al. 2023 für die Kriminologie). Und dennoch genießt diese Kategorie an Studien bei der Frage nach dem Einfluss von Polizeipräsenz – insbesondere in ihrer Grundform, der routinemäßigen Präventivbestreifung – nach wie vor Seltenheitswert. Wie aus einer systematischen Übersichtsarbeit von Dau et al. (2021) in Bezug auf die Forschungslage zur Effektivität

Abb. 1 Präventionswünsche der Befragten des letzten KOMPASS-Befragungsdurchgangs (n = 18.456) durch die Professur für Kriminologie an der JLU Gießen/Mehrfachauswahl möglich



von Polizeipräsenz hervorgeht, kam es seit der Pionierstudie von Kelling et al. (1974a) – dem „Kansas City Preventive Patrol Experiment“ – bis in das aktuelle Jahrzehnt hinein weltweit nur zu 12 weiteren randomisierten Kontrollstudien zum Einfluss von Polizeipräsenz (Dau et al. 2021). Deren Wirkung auf das subjektive Sicherheitsgefühl nahmen nach Zählung der Autorinnen und Autoren insgesamt sogar nur 6 Forschungsarbeiten – darunter abermals das „Kansas City Preventive Patrol Experiment“ von Kelling et al. (1974a) – gezielt in den Blick, wobei sich diese Zahl auch auf andere Untersuchungsdesigns und nicht nur auf randomisierte kontrollierte Studien bezieht (Dau et al. 2021). So nachvollziehbar etwaige Gründe gegen die Durchführung einer randomisierten kontrollierten Studie angesichts ihres hohen Anspruchs und der Herausforderungen, die sie mit sich bringen, aber auch sein mögen (siehe hierzu u. a. Brettel 2022; Friede et al. 2023), so wenig ändern sie etwas an der Tatsache, dass nur dieses Untersuchungsdesign eine fundierte Antwort auf die Frage nach dem Einfluss von Polizeipräsenz auf das subjektive Sicherheitsgefühl und die Kriminalitätslage zu geben vermag (Reuband 2000). Zusätzliche Brisanz erhält der Mangel an fundierten Untersuchungen aufgrund der mitunter stark divergierenden Forschungsergebnisse, die die wenigen bisher existierenden Studien speziell zum Einfluss von Polizeipräsenz auf das subjektive Sicherheitsgefühl zu Tage förderten. Während etwa Kelling et al. (1974a) infolge ihres Experiments keine Veränderungen beim subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in Kansas City messen konnten (Kelling et al. 1974a), stellten Hinkle u. Weisburd (2008) sogar fest, dass Polizeipräsenz unter Umständen gerade nicht die wohl von

vielen erhoffte Verbesserung des Sicherheitsgefühls mit sich bringt, sondern im schlimmsten Fall zum genauen Gegenteil, d. h. zu einer Abnahme des Sicherheitsgefühls bzw. Steigerung der Kriminalitätsfurcht führen kann (Hinkle u. Weisburd 2008). Insofern birgt ein Mangel an Untersuchungen in der Wirkungsforschung immer auch die Gefahr, dass eine vermeintliche „Präventionsmaßnahme“ am Ende das hervorruft, was eigentlich mit ihr verhindert werden soll (Borovec et al. 2021). Der Blick auf Deutschland zeigt indes, dass die Forschungslage hierzulande nicht nur prekär, sondern nach unseren Erkenntnissen desolat ist. Randomisierte Kontrollstudien zum Einfluss von Polizeipräsenz auf das subjektive Sicherheitsgefühl und die polizeilich registrierte Kriminalitätslage sind in der Bundesrepublik nicht bloß Mangelware. Sie sind (bzw. waren) schlichtweg nicht existent (so schon Reuband 2000). Wurden Forscherinnen und Forscher bislang mit Fragen zur Wirkung polizeilicher Präsenz hierzulande konfrontiert, blieb ihnen neben bloßen Annahmen, methodisch fragwürdigen Forschungsansätzen oder simplem Schulterzucken letztlich nur der Blick ins Ausland. Dabei dürfte die bloße Übertragung solcher Erkenntnisse aufgrund der oftmals völlig anderen Struktur und Funktionsweise des jeweiligen Polizeiapparats (z. B. in den USA) nicht minder problematisch sein als die oben beschriebene Gefahr gänzlicher fehlender Wirkungsforschung. Angesichts dieser immensen Forschungslücke und mit Blick auf den fortwährend – nicht nur im Rahmen von KOMPASS – von vielen Kommunen und der Bevölkerung geäußerten Wunsch nach mehr Polizeipräsenz entstand im nordhessischen Kassel eine bislang einmalige Kooperation. Auf Initiative des späteren Projektleiters und Mitverfassers des vorliegenden

Beitrags (Pfeiffer) entschieden sich die Stadt Kassel und die Polizei in Nordhessen mit Genehmigung des HMdIS/Landespolizeipräsidiums (LPP), den Einfluss von Polizeipräsenz auf das subjektive Sicherheitsgefühl, die polizeilich registrierte Kriminalitätslage sowie weitere Variablen im Rahmen der ersten randomisierten Kontrollstudie in Deutschland zu untersuchen.

Ablauf der randomisierten Kontrollstudie

Naturgemäß erforderte die Durchführung der randomisierten Kontrollstudie eine umfangreiche Planung sowie eine enge Abstimmung zwischen den Projektbeteiligten. Abbildung 2 skizziert den generellen Ablauf des Vorhabens. Um saisonale Schwankungen beim subjektiven Sicherheitsgefühl und dem Kriminalitätsgeschehen bei der Vorher-Nachher-Analyse zu neutralisieren, wurde der Untersuchungszeitraum auf ein Jahr festgelegt, wobei die Interventionsphase am 01.09.2022 begann und am 31.08.2023 endete. Da durch die gleichzeitige Betrachtung des subjektiven Sicherheitsgefühls und der polizeilich registrierten Kriminalität eine Vielzahl von Informationen bei der Stadt Kassel auf der einen Seite und der Polizei auf der anderen Seite für die Analyse herangezogen wurden, durfte zwischen den verschiedenen Datenbeständen der beteiligten Akteure keine Verbindung entstehen, die die Re-Identifikation von Einzelpersonen oder -sachverhalten möglich gemacht hätte. Hier fungierte die Projektleitung in Gießen als Schnittstelle, an der die für die Analyse relevanten Informationen in datenschutzkonformer Weise zusammenliefen und ausgewertet wurden.³

Forschungsfrage

Mit Blick auf die bestehende Forschungslücke wird im Rahmen des vorliegenden Projekts in erster Linie untersucht, welchen Einfluss Polizeipräsenz hierzulande auf das subjektive Sicherheitsgefühl (und weitere kriminalitätsbezogene

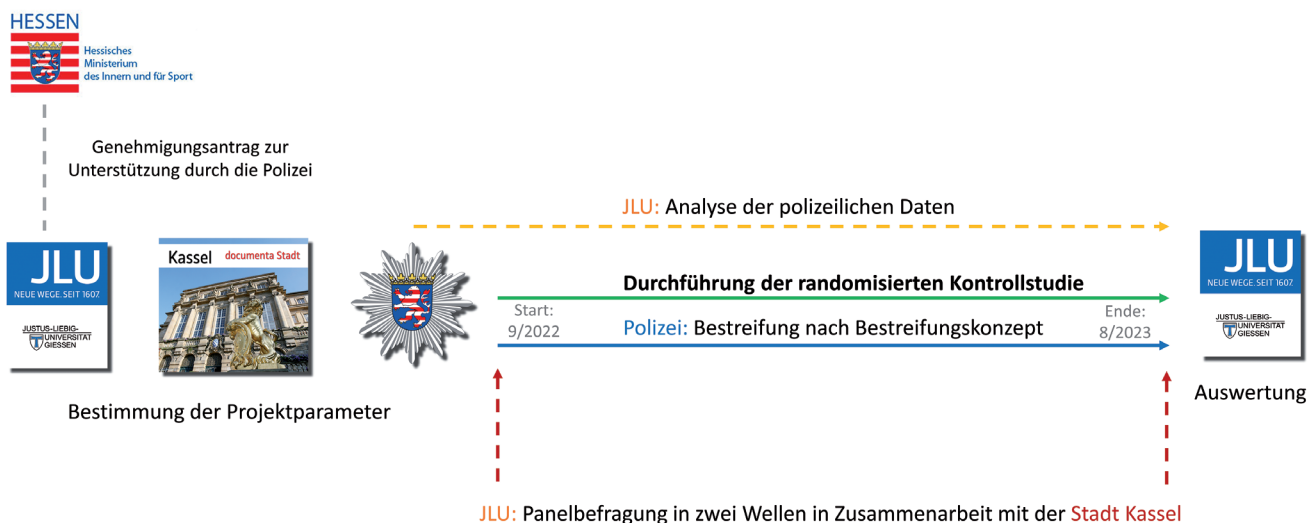
Einstellungen), die polizeilich registrierte Kriminalität sowie die berichtete Opferwerdung hat. Der Umstand, dass mit dem Experiment gleich mehrere Variablen – mit individuellen Herausforderungen bei der Erfassung – in den Blick genommen werden, hatte großen Einfluss auf die Planung der gesamten Untersuchung, da diese alle Variablen gleichermaßen berücksichtigen musste.⁴

Festlegung des Treatments

So eindeutig der Begriff der „Polizeipräsenz“ auf den ersten Blick zu sein scheint, so vielfältig sind deren Erscheinungsformen.⁵ Unabhängig von ihrer Kategorisierung, etwa anhand der Vorgehensweise (z. B. beim Hot-Spot-, Community- oder Zero-Tolerance-Policing)⁶ oder mit Blick auf die Ausrüstung (Grundausrüstung, mit Polizeihund, stärkerer Bewaffnung etc.) oder die Fortbewegung der Beamtinnen und Beamten (motorisiert, zu Fuß, Pferd usw.), sollte in diesem Zusammenhang vor allen Dingen bedacht werden, dass Polizeipräsenz je nach Erscheinungsform anders auf die Wahrnehmenden wirkt und somit grundsätzlich andere Effekte z.B. in Bezug auf das Sicherheitsgefühl zu erwarten sind (Borovec et al. 2021). Insofern müssen die unterschiedlichen Formen polizeilicher Präsenz bei der Planung einer randomisierten Kontrollstudie a priori als unterschiedlich wirkende Treatments betrachtet werden.

Angesichts dessen stellte sich auch beim vorliegenden Forschungsvorhaben die Frage, welche Präsenzform in Bezug auf ihren Einfluss auf das Sicherheitsgefühl und die polizeilich registrierte Kriminalitätslage getestet werden sollte. Da in Deutschland bislang keine Form polizeilicher Präsenz randomisiert kontrolliert überprüft wurde, wurde für die vorliegende Studie die wohl „grundsätzlichste“ Form polizeilichen Auftretens gewählt: die routinemäßige, präventive (d.h. anlasslose) Bestreifung zu Fuß. Geleitet wurde diese Entscheidung von dem Ziel, zunächst grundlegend klären zu wollen, wie die Präsenz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auf die

Abb. 2 Ablauf der randomisierten Kontrollstudie in Kassel



Bürgerinnen und Bürger sowie das Kriminalitätsgeschehen an dem jeweiligen Ort wirkt, anstatt mit der Überprüfung spezifischer Formen polizeilichen Auftretens (Hot-Spot-Policing, Community-Policing etc.) den zweiten vor dem ersten Schritt zu tun. Darüber hinaus handelt es sich bei der routinemäßigen Präventivbestreifung zu Fuß durch die Polizei an unterschiedlichen Orten wie Wohngebieten, öffentlichen Plätzen oder als unsicher empfundenen Orten um diejenige Präsenzform, die sich Kommunen ebenso wie Bürgerinnen und Bürger am meisten wünschen (Bannenberg u. Pfeiffer 2023; Pfeiffer vsl. 2024). Die für das Treatment notwendigen Kräfte wurden vom Polizeipräsidium Nordhessen (genauer der Polizeidirektion Kassel) sowie der IV. Bereitschaftspolizeiabteilung (heute: Bereitschaftspolizei Direktion Nord) zur Verfügung gestellt.⁷ Für die einjährige Dauer des Projektes leisteten drei Doppelstreifen (eine Doppelstreife = zwei Beamtinnen / Beamte) an drei Tagen pro Woche präventive Polizeipräsenz im Untersuchungsgebiet. Dieses galt es als Nächstes festzulegen.

Festlegung des Untersuchungsgebiets

Hierfür erfolgte über eine GIS-Software zunächst eine Einteilung des Kasseler Stadtgebiets in ein Gitterzellennetz. Als Grundlage diente das so genannte „Europäische Einheitsgrid“. Dieses wurde der Statistikstelle Kassel vom Polizeipräsidium Nordhessen als Shapedatei in unterschiedlichen Gitterzellengrößen zur Verfügung gestellt (250 x 250 Meter, 500 x 500 Meter sowie 1.000 x 1.000 Meter).

Nach Würdigung der Vor- und Nachteile⁸ der verschiedenen Zellengrößen fiel die Wahl auf die feinste Variante (250 x 250 Meter), da diese einen bestmöglichen Kompromiss hinsichtlich folgender Parameter bietet:

- eine ausreichende Zahl von Gitterzellen als Grundlage für die Festlegung der Untersuchungsgebiete,
- eine nicht zu hohe Befragungsgesamtheit je Gitterzelle, sowie
- eine handhabbare Flächengröße für die anvisierte Polizeibestreifung.

Insgesamt bilden 1.706 Zellen das Stadtgebiet der Stadt Kassel ab (inklusive unbewohnten Wald- und Wiesenflächen).

Im nächsten Schritt stellte sich der Statistikstelle die Aufgabe, die Bevölkerungszahl je Gitterzelle zu ermitteln. Zu diesem Zweck wurde ein Melderegisterabzug auf Ebene der Adressen der Kasseler Wohngebäude herangezogen, wobei ausschließlich auf die Bevölkerung mit Hauptwohnsitz sowie ab einem Alter von 14 Jahren – als Grundgesamtheit für die Befragung – gefiltert wurde. Anschließend wurden die um die Einwohnerzahl angereicherten Adressen in das GIS-Projekt importiert und mit den 250m-Gitterzellen geometrisch verschnitten, um die Einwohnerzahl je Gitterzelle zu ermitteln. Als Ergebnis dieser Verschnidung ergab sich, dass im Stadtgebiet insgesamt 953 Gitterzellen mit mindestens einem Einwohner vorzufinden sind.

Um eine hinreichende Befragungsbasis je Gitterzelle zu haben, bestand der nächste Schritt darin, nur diejenigen Zellen zu selektieren, die eine gewisse Mindest-Einwohnerzahl aufweisen. In einem iterativen Vorgehen stellte sich dabei eine Bevölke-

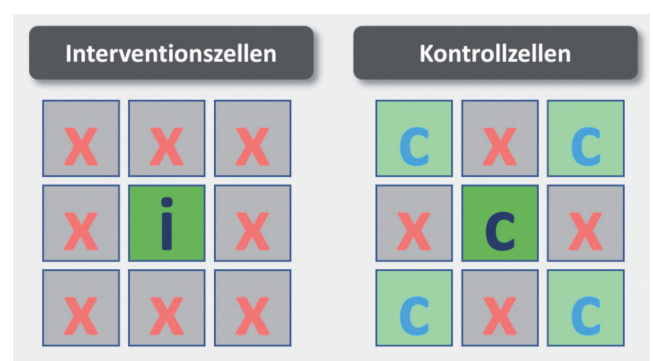
rungsgröße von mindestens 450 Personen (mit Hauptwohnsitz, ab 14 Jahren) als optimaler Schwellenwert heraus, der zum einen eine ausreichende Befragungsgesamtheit ermöglicht, zum anderen aber auch eine genügende Anzahl an Zellen für die folgende Ziehung der Untersuchungszellen beibehält. Durch diesen Prozessschritt konnte die Gesamtmenge der 953 bewohnten Zellen auf eine Teilmenge von 102 Zellen eingegrenzt werden, in denen insgesamt 60.923 Personen mit einem Alter von mindestens 14 Jahren mit Hauptwohnsitz gemeldet waren.

Zufallsauswahl der Untersuchungseinheiten

Allerdings sollten aus Kosten- und forschungsökonomischen Gründen nicht sämtliche infrage kommenden Gitterzellen in das Projekt einbezogen werden, was aus methodischer Sicht aber ohnehin nicht nötig war. Der nächste Schritt bestand also darin, die 102 Zellen weiter zu reduzieren. Hierzu wurden a priori die folgenden Rahmenbedingungen zur Anzahl und Auswahl der Untersuchungsgebiete festgelegt:

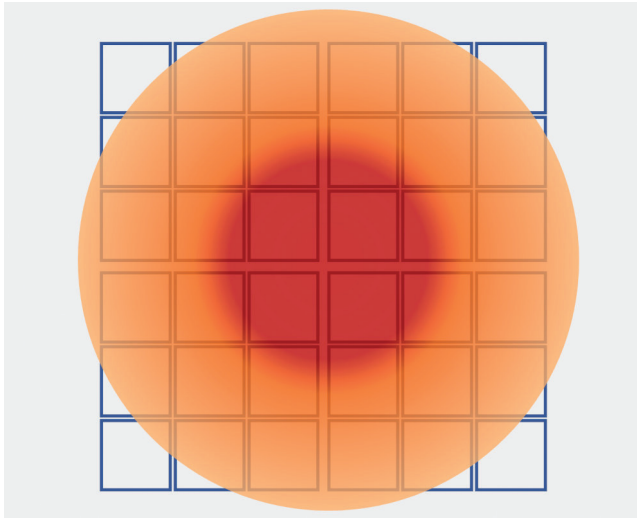
- Als Ziel wurde ausgegeben, dass insgesamt 20 Interventions- sowie 20 Kontrollzellen betrachtet werden sollten, sodass aus den 102 Zellen insgesamt 40 Zellen auszuwählen waren.
- Zur Vermeidung von Spill-Over-Effekten (Gerber u. Green 2012) sollte ausgeschlossen sein, dass Interventionszellen direkt oder diagonal zueinander benachbart sind. Somit wurde eine Pufferzone von einer Zelle um jede bereits ausgewählte Interventions-Gitterzelle gelegt (siehe Abb. 3, links).
- Für Kontrollzellen wurde diese Einschränkung etwas gelockert: Für diesen Typ wurden zumindest diagonale Nachbarschaftsbeziehungen zugelassen, nicht jedoch direkte (siehe Abb. 3, rechts).

Abb. 3 Ziehen der Auswahlzellen – Pufferzonen



- Hingegen nicht als Auswahlkriterium herangezogen wurde die objektive Kriminalitätsbelastung in den Gitterzellen, da sich ansonsten etliche direkte Nachbarschaftsbeziehungen ergeben hätten. Dies liegt darin begründet, dass Gebiete mit einer besonders hohen Kriminalitätsbelastung nur auf einige wenige „Hotspots“ im Kasseler Stadtgebiet konzentriert sind (siehe Abb. 4).⁹

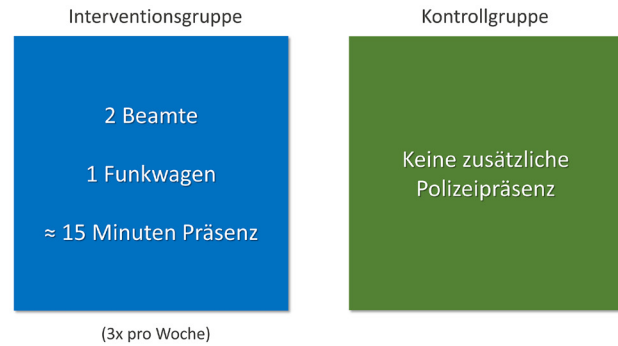
Abb. 4 Schematische Darstellung eines Kriminalitätshotspots im Gitterzellennetz



Zur Berücksichtigung dieser Rahmenbedingungen kam für die Rasterzellen eine Stichprobenziehung nach dem Modus „Ziehen ohne Zurücklegen“ zum Einsatz, wobei sich dieser Grundsatz (wie bereits oben skizziert) immer auch auf die benachbarten Zellen erstreckte. Auf diese Weise wurden zufällig 40 Rasterzellen nach den oben genannten Kriterien selektiert und schließlich ebenso zufällig in 20 Interventions- sowie 20 Kontrollzellen eingeteilt. Die Säulendarstellung in der rechten Hälfte von Abbildung 5 gibt zugleich einen Eindruck, wie sich das Kriterium der Mindesteinwohnerzahl von 450 Personen für die Zufallswahl der Rasterzellen auf deren Einwohnerdichte auswirkte.

Die zufallsbasierte Stichprobenziehung wurden vom Projektleiter an der JLU Gießen vorgenommen und die dadurch ermittelten 40 Gitterzellen-ID's von diesem anschließend zur weiteren Bearbeitung an die Statistikstelle Kassel übermittelt. Später wurde das bereits oben beschriebene Treatment in den Rasterzellen der Interventionsgruppe eingesetzt. Abbildung 6

Abb. 6 Umfang des Treatments in den 20 Interventionszellen im Vergleich zu den 20 Kontrollzellen (Pfeiffer vsl. 2024)



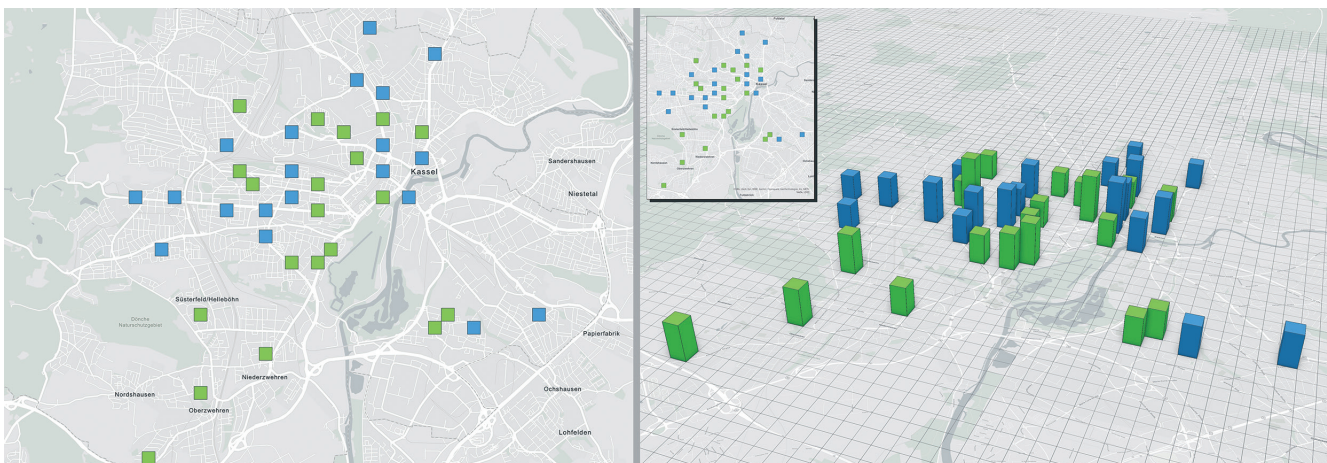
veranschaulicht den personellen und zeitlichen Umfang der Intervention, wie sie in jeder der 20 Interventionszellen im Vergleich zu den 20 Kontrollzellen stattfand.

Dank der ausführlichen Dokumentation durch die Beamtinnen und Beamten der Präventivstreifen mithilfe standardisierter Statistikberichte, die nicht nur eine Übersicht über die stets randomisierte Reihenfolge der aufzusuchenden Rasterzellen enthielt, sondern vor allem auch dem Eintragen der entsprechenden Ankunfts-, Aufenthalts- und Abfahrtszeiten diente, konnte am Ende genauestens nachvollzogen und bestätigt werden, dass alle Rasterzellen gleichermaßen dem Treatment unterzogen wurden. Diese Statistikberichte stellen allerdings nur eines von mehreren studienbegleitenden Erhebungsverfahren dar.

Begleitende Erhebungs- und Auswertungsverfahren

Im Rahmen der randomisierten Kontrollstudie kamen verschiedene Erhebungsverfahren zum Einsatz. Das subjektive Sicherheitsgefühl, Viktimisierungserfahrungen sowie weitere kriminalitätsbezogene Einstellungen der Befragten wurden über eine zufallsbasierte Panelbefragung in zwei Wellen erfasst.

Abb. 5 Untersuchungsgebiet mit zufällig ausgewählten Rasterzellen nach randomisierter Einteilung in Interventions- (blau) und Kontrollzellen (grün); die beiden Einzelgrafiken wurden in zusammengefügter Form von Pfeiffer (vgl. 2024) übernommen.



Die Kriminalitätslage wurde anhand der POLAS-Datenbank der hessischen Polizei ermittelt und einem Vorher-Nachher-Vergleich unterzogen.¹⁰ Dabei wurden sowohl Veränderungen im Hinblick auf die Gesamtkriminalität als auch in Bezug auf einzelne Straftatengruppen (z. B. Rohheitsdelikte, Eigentums-kriminalität oder Drogendelikte) untersucht. Ferner wurden treatmentbezogene Faktoren (wie etwa die Eindrücke und Erfahrungen der Beamtinnen und Beamten der Präventivstreifen) mittels schriftlichem Experteninterview sowie offenen, nicht-systematischen teilnehmenden Beobachtungen durch den Projektleiter in den Blick genommen.

Bei der Auswertung der Pretest-Posttest-Erhebungen im Rahmen des Panels sowie der Vorher-Nachher-Analyse der polizeilich registrierten Kriminalität wurde angesichts der mitunter weitreichenden Konsequenzen, die je nach Ergebnis für die Polizei und damit auch für die Bürgerinnen und Bürger zu erwarten sind, ein strenger Maßstab angelegt.¹¹ Zunächst wurden die zumeist ordinalskalierten Variablen nicht – wie so oft üblich – schlichtweg als intervallskalierte Variablen behan-

delt und mittels einer Varianzanalyse mit Messwiederholung analysiert, sondern mit zwei getrennten, speziell für ordinalskalierte Items entwickelten mathematischen Modellen (d.h. nicht-parametrischen Methoden) unter Verwendung von zwei verschiedenen Statistikprogrammen (R und SPSS) untersucht. Während in R der Datensatz mittels modifizierter Brunner-Langer-Tests (Brunner u. Langer 1999) analysiert wurde, geschah dies in SPSS nach dem KWF-Verfahren (Lüpsen 2018).¹²

Besonderheiten der Panelbefragung

Die durchgeführte und zwei Wellen umfassende Panelbefragung stellte eine zentrale Säule in der randomisierten Kontrollstudie dar. Ihre Besonderheiten, die sich nicht zuletzt durch das arbeitsteilige Zusammenwirken der Projektleitung und der Stadt Kassel ergaben, sollen im Folgenden nähere Betrachtung finden. Abbildung 7 zeigt zunächst den Prozessablauf bei der Panelbefragung.

Abb. 7 Prozessablauf des Befragungsprojektes



Ermittlung der Befragungsgesamtheit

Zum Zeitpunkt der Ermittlung der Befragungsgesamtheit waren laut Melderegisterabzug in den zufällig gezogenen (40) Rasterzellen insgesamt 23.566 Personen ab 14 Jahren gemeldet. Um die Anschriftenbasis für die Befragung vorzubereiten, ließ sich die Statistikstelle im nächsten Schritt vom städtischen Meldeamt die Anschriftendaten der in diesen Gitterzellen gemeldeten Personen übermitteln. Hierzu erfolgte im Vorfeld die Übermittlung einer entsprechenden Adressenliste an das Meldeamt. Die an die Statistikstelle zurückgemeldete Anschriftenliste zu diesen Adressen enthielt jedoch eine leicht geringere Anzahl an Personen (22.494), als es der Melderegisterabzug vermuten ließ. Dies lag neben einem abweichenden Stichtag vor allem darin begründet, dass das Meldeamt die üblichen Filter zum Ausschluss von Personen mit Sperre im Melderegister angewendet hatte. Das hatte zur Folge, dass einzelne der 40 Gitterzellen nun etwas weniger Personen als die ursprünglich festgelegte Untergrenze von 450 Personen aufwiesen. Dabei handelte es sich um solche Zellen, die vor dem Anlegen der Sperrenausschlüsse nur knapp über dem Schwellenwert von 450 Personen lagen.

Im Rahmen der Definition der Untersuchungsgebiete wurde zwar wie erwähnt eine Untergrenze (mindestens 450 Personen – vor Sperrenausschlüssen) festgelegt, nicht jedoch eine Obergrenze an Personen. Daraus ergaben sich teils deutliche Unterschiede in der Einwohnerzahl der 40 Zellen (Spannweite von 432 bis 1.005 Personen). Um diesen Effekt zu eliminieren – und nicht zuletzt auch aus Kostengründen – fiel die Entscheidung, in den 40 selektierten Gitterzellen keine Vollerhebung durchzuführen, sondern eine Zufallsauswahl von jeweils ca. 450 Personen in den Gitterzellen vorzuschalten. Durch diesen Schritt, der von der Statistikstelle vorgenommen wurde, reduzierte sich die Gesamtzahl der anzuschreibenden Personen um gut 4.500 auf nunmehr 17.934 Personen.

Durchführung der Befragungswellen

Die rund 18.000 zufällig gezogenen Personen in den 40 zu untersuchenden Gitterzellen wurden anschließend angeschrieben. Hierzu bat die Statistikstelle das Meldeamt, die final eingegrenzte Anschriftenliste an einen Druck- und Versanddienstleister weiterzureichen. Gleiches galt für das von der Stadt Kassel erzeugte Erstanschreiben.

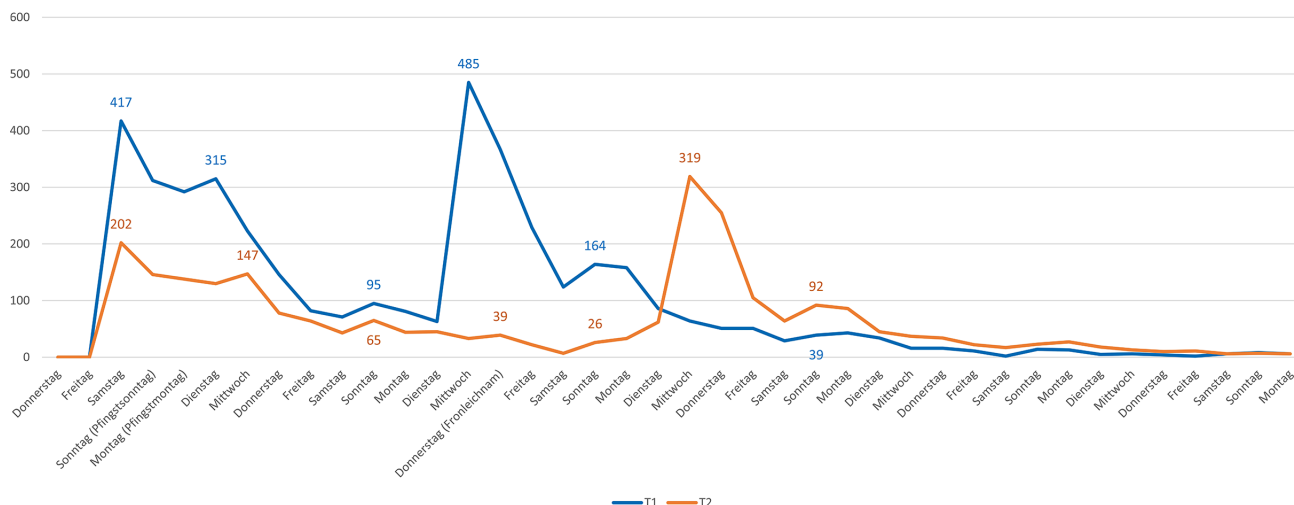
Die Teilnahme war den zu befragenden Personen sowohl per Online-Fragebogen als auch in Papierform möglich:

- Der Online-Fragebogen lag auf dem Server des Hochschulrechenzentrums der Uni Gießen.
- Da es sich um ein Push-to-web-Verfahren handelte, musste der Papierfragebogen telefonisch bei der Stadt Kassel angefordert werden, die anschließend den Versand vornahm.
- Der Papierrücklauf ging bei der JLU Gießen ein. Dort wurden die eingegangenen Papierfragebogen anschließend von geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in die Online-Fragebogenmaske eingegeben.

Die bereinigte Rücklaufquote der ersten Befragungswelle im Jahr 2022 betrug 25,5%. An der zweiten Befragungswelle im Jahr 2023 nahmen 15,5% der angeschriebenen Personen teil. Da es sich um eine Panelbefragung in zwei Wellen handelte, ist auch der Blick auf den kombinierten Panelrücklauf interessant: So nahmen immerhin 61,8% der Personen, die schon beim ersten Mal geantwortet hatten, auch an der Zweitbefragung gut ein Jahr später teil. Bei beiden Erhebungswellen kam zusätzlich ein Erinnerungsschreiben zum Einsatz, welches den Rücklauf zu beiden Zeitpunkten entscheidend steigern konnte (siehe Abb. 8).

Zur Unterstützung der Rücklaufkontrolle stellte die Statistikstelle Kassel dem Projektleiter ein Dossier über die soziodemografische Situation in den 40 untersuchten Gitterzellen

Abb. 8 Ausschnittsweise Darstellung des Rücklaufs aus den beiden Erhebungswellen (Pfeiffer vs. 2024)



zusammen. Hierzu flossen neben demografischen Parametern wie Geschlecht, Altersstruktur, Migrationshintergrund, Haushaltsgröße und Wohndauer auch sozioökonomische Indikatoren wie Arbeitslosigkeit und Transferleistungen ein.

Die betrachteten demografischen Einzeldaten konnten auf die Gitterzellen aggregiert werden, da sie im Ursprung auf Gebäudeebene vorlagen. Dies traf leider nicht auf die Arbeitslosigkeits- und Transferleistungsdaten zu, die größtenteils nicht als Einzeldaten, sondern nur aggregiert auf Ebene der BA-Bezirke vorlagen. Diese mussten anhand der spezifischen Bevölkerungsanteile auf die Gitterzellen umgerechnet werden.

Inhalte der Befragung

Bei dem eingesetzten Erhebungsinstrument zur Erfassung des subjektiven Sicherheitsgefühls, entsprechender Einflussfaktoren sowie weiterer kriminalitätsbezogener Einstellungen handelt es sich um einen schriftlichen Fragebogen, welcher in fünf Themenkomplexe gegliedert war:

- Teil A – Allgemeine Angaben zur Person
- Teil B – Persönliches Sicherheitsgefühl
- Teil C – Einschätzungen zur eigenen Wohngegend
- Teil D – Wahrnehmung der Polizei und ihrer Arbeit
- Teil E – Prävention

Die Vorlage für das Grundgerüst des Fragebogens bildete das Erhebungsinstrument, das im Rahmen der BKA-Studie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“ (SKiD) zum Einsatz kam (Birkel et al. 2022).¹³ Erweitert wurde das Instrument um Fragen zur Messung des lokalen Sozialkapitals, wie sie von

Oberwittler (2016) sowie später von Starcke (2019) eingesetzt wurden. Außerdem wurden Itembatterien aus dem Kansas-City-Experiment (Kelling 1974b) sowie vom Projektleiter entwickelte Fragen eingearbeitet. Der Fragebogen wurde vorab im Rahmen eines Pretests überprüft.

Herausforderungen

Wie Abbildung 2 sowie Abbildung 7 anschaulich aufgezeigt haben, umfasste allein der Befragungsteil des Gesamtprojektes nicht nur eine Vielzahl an Prozessschritten, sondern auch eine ganze Reihe von Projektpartnern und weiteren Akteuren. Angesichts dieser organisatorischen Komplexität ist es wenig erstaunlich, dass sich im Verlauf einige Herausforderungen stellten. Diese können in vier Kategorien eingeteilt werden, welche in Abbildung 9 zu sehen sind.

Datenschutz

Wie wohl bei jedem Befragungsprojekt, das Bürgerinnen und Bürger als Zielgruppe anspricht, mussten diverse datenschutzrechtliche Fragen geklärt werden. Dies umfasste eine Kommunikation mit den Datenschutzbeauftragten sowohl der Stadt Kassel als auch der Universität Gießen, sowie – schon im Rahmen von KOMPASS – mit dem Hessischen Landesdatenschutzbeauftragten. Unter anderem weil auch ein externer Dienstleister in die Befragung eingebunden war, wurde datenschutzseitig als Auflage definiert, einen Eintrag in das Verarbeitungsverzeichnis gemäß DS-GVO anzulegen.

Abb. 9 Herausforderungen im Projektverlauf



Die gleichzeitige Betrachtung mehrerer Variablen (Sicherheitsgefühl und Kriminalitätslage) mithilfe unterschiedlicher Informationsquellen und Datenbanken hatte zudem unmittelbaren Einfluss auf den Inhalt der Befragung. Auch wenn die Datensätze von Beginn an strikt voneinander getrennt wurden, wurde bei der Konzeption des Fragebogens zusätzlich darauf geachtet, dass beispielsweise Opfer einer Straftat, die sich gegen die Anzeige einer erlebten Straftat entschieden haben, nicht mit den zur Verfügung stehenden Informationen – aufgrund des Strafverfolgungszwangs der Polizei – gegen ihren Willen ermittelt werden können.

Spannungsverhältnis

Was sich als durchaus anspruchsvoll zeigte und im Falle eines möglichen Misserfolgs projektgefährdend hätte auswirken können, war das Austarieren des öffentlichen Informationsbedürfnisses auf der einen Seite und der Vermeidung einer möglichen Ergebnisverzerrung durch zu frühzeitiges Bekanntwerden des Experiments auf der anderen Seite. Die in den Untersuchungsgebieten lebende Bevölkerung sollte die zusätzliche Polizeibestrafung und die Intention der begleitenden Befragung möglichst unvoreingenommen und ohne vorherige Beeinflussung wahrnehmen. Deshalb durfte initial nicht vollends bzw. proaktiv „mit offenen Karten“ gespielt werden. Vielmehr mussten das Wording für die Polizei und die Pressemitteilung derart behutsam formuliert werden, sodass die Bevölkerung einerseits auf die bevorstehende Befragung aufmerksam gemacht wurde, andererseits aber nicht bereits direkt darauf vorbereitet werden sollte, dass es im Rahmen des Projektes eine zusätzliche Polizeibestrafung im Wohnumfeld geben würde und dass diese als Messgröße für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung dienen sollte. In diesem Zusammenhang diente das „Newark Foot Patrol Experiment“ von Kelling et al. (1981) als mahnendes Beispiel für die fatalen Folgen, die ein frühzeitiges Bekanntwerden der Experimentalbedingungen für den Erfolg einer randomisierten Kontrollstudie haben und sogar bis zur (teilweisen) Unbrauchbarkeit der Ergebnisse und Zerstörung der vorherigen Bemühungen führen kann.

Externe „Störfaktoren“

Ein derartiges Befragungsprojekt vollzieht sich selbstverständlich nicht in einer autarken Umgebung, sondern ist in ein Umfeld mit einer Vielzahl von exogenen Einflüssen eingebettet, die Rückwirkungen auf die Messergebnisse haben können. Parallel zur ersten Befragungswelle im Jahr 2022 fand zum Beispiel die 15. Ausgabe der alle 5 Jahre stattfindenden weltgrößten Gegenwartskunst-Ausstellung „documenta“ statt. Die documenta-Monate bedeuten für die Stadt Kassel stets eine gewisse „Ausnahmesituation“, da in diesem Zeitraum die Stadtgesellschaft durch ein internationales Kunstpublikum temporär bereichert wird, was sich auch deutlich im öffentlichen Stadtraum durch entsprechende Besuchergruppen wahrnehmen lässt. Zur documenta gehören stets auch flankierende organisatorische Maßnahmen wie natürlich auch ein

Sicherheitskonzept mit ggf. einer anderen Wahrnehmung von Polizeipräsenz im öffentlichen Raum.

Ein weiterer Einflussfaktor für die erste Befragungswelle war sicherlich auch die zeitgleich stattfindende Erhebung des Zensus 2022, sodass manche Bürgerinnen und Bürger in kurzer Zeit neben den Zensus-Befragungen auch mit der Sicherheitsbefragung konfrontiert wurden.

Die zweite Welle im Jahr 2023 war davon geprägt, dass zeitgleich der Wahlkampf für die Wahl des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin in Kassel stattfand. Diese ging einher mit einer intensiven Berichterstattung in den lokalen Medien. Allerdings konnten bei der zweiten Welle keine Einflüsse durch diesen oder andere Effekte festgestellt werden.

Weitere Herausforderungen

Aufgrund der schon mehrfach erwähnten Komplexität des Gesamtprojektes ergaben sich eine Vielzahl an weiteren größeren und kleineren Herausforderungen, die Einfluss auf den Projektverlauf hatten:

- Dazu gehörte sicherlich die initiale Suche nach geeigneten Projektpartnern durch den späteren Projektleiter.
- Durchaus nicht trivial gestaltete sich auch die Festlegung der geografischen Untersuchungseinheiten. Es wurden verschiedene Lösungen diskutiert, z.B. deutlich größere Gitterzellen als die letztendlich gewählte Zellengröße von 250 x 250 Metern. Letztendlich gab in dieser Frage die Handhabbarkeit bei der Bestrafung in Kombination mit einer hinreichenden Auswahlmöglichkeit an zu untersuchenden Zellen und einer ausreichend großen Befragungsgesamtheit den Ausschlag.
- Durch den Experimentalcharakter des Projektes spielte auch die Aufrechterhaltung des Treatments eine Rolle, gerade in Anbetracht des langen Projektzeitraums.
- Was auch nicht zu vernachlässigen ist, war die Aufrechterhaltung der Motivation der teilnehmenden Polizistinnen und Polizisten, die über einen langen Zeitraum einer für sie eher ungewohnten Tätigkeit nachgingen und im Zusammenhang mit dem Projekt auch recht ausführlichen Dokumentationspflichten nachkommen mussten.
- Nicht zuletzt stellte sich die Herausforderung, dass die Verstärkung der Polizeipräsenz in immer denselben Stadtbereichen dazu führte, dass dort Straftaten ins Hellfeld der Polizei gelangen, die andernfalls im sogenannten „Dunkelfeld“ geblieben wären. Somit ergab sich durch das Projekt die Gefahr einer rückgreifenden Beeinflussung der *polizeilich registrierten* Kriminalitätslage in den betroffenen Stadtvierteln im Sinne des „Lüchow-Dannenberg-Syndrom[s]“ (Seidensticker 2022). Dieses Risiko konnte durch entsprechende Vorkehrungen bei der Erfassung jedoch beseitigt werden.

Ausblick

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Interventionsphase steht zur Stunde die weitere Analyse der erhobenen Daten an. Doch ganz gleich, welche Ergebnisse die erste randomisierte

Kontrollstudie in Deutschland zum Einfluss von Polizeipräsenz auf das Sicherheitsgefühl und die polizeilich registrierte Kriminalitätslage auch zu Tage fördert, am Ende wird das sprichwörtliche Schulterzucken bei der Beantwortung dieser grundlegenden Frage auch hierzulande endlich Geschichte sein.

- 1 Der vorliegenden Studie ging eine intensive Recherche der nationalen und internationalen Literatur zum Forschungsgegenstand voraus. Detailliert werden deren Ergebnisse bei Pfeiffer (vgl. 2024) nachzulesen sein.
- 2 Für weitere Informationen siehe den Leitfaden KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel (Auflage 10/23) des HMdIS unter https://innen.hessen.de/sites/innen.hessen.de/files/2023-11/hmdis_kompass-leitfaden_091023.pdf (letzter Zugriff: 02.12.2023).
- 3 Zum Thema Datenschutz siehe den Abschnitt Herausforderungen.
- 4 Dies betraf vor allem die Festlegung des Untersuchungsgebiets (siehe hierzu den entsprechenden Abschnitt).
- 5 Eine einheitliche Auflistung bzw. Einteilung der verschiedenen Erscheinungsformen polizeilicher Präsenz existiert nicht. Da eine Auseinandersetzung mit dieser Problematik aber zu weit vom eigentlichen Thema dieses Beitrags wegführen würde, sei in diesem Zusammenhang auf Pfeiffer (vgl. 2024) verwiesen, der eine Abgrenzung vornimmt und sich mit der Thematik ausführlicher beschäftigt.
- 6 Siehe mit einer anderen Auflistung z.B. Marais (1992) oder Ratcliffe (2023).
- 7 An dieser Stelle gilt den „Präventivstreifen“ der Polizeidirektion Kassel, namentlich den Schutzfrauen und Schutzmännern vor Ort, ebenso wie den Beamtinnen und Beamten der EE41 der Bereitschaftspo-

izei Direktion Nord größter Dank. Durch ihren zuverlässigen und unermüdlischen Einsatz wurde die erfolgreiche Durchführung der ersten randomisierten Kontrollstudie in Deutschland überhaupt erst möglich. Dieser Dank gilt auch all jenen bei der Stadt Kassel und der Polizei, die an der Durchführung des Projektes mit Planung, Organisation, Analyse und Unterstützung ebenfalls beteiligt waren und zum Gelingen des Projektes beigetragen haben.

- 8 Siehe hierzu auch den Abschnitt „Herausforderungen“.
- 9 Hierbei handelt es sich um keine Besonderheit in Kassel, sondern um ein grundsätzliches Phänomen bei der geografischen Verteilung von Kriminalität in (Groß-)Städten (Herden 2023).
- 10 Die Datenanalysesoftware „Gotham“ der Firma Palantir, die von der hessischen Polizei unter dem Namen „hessenDATA“ betrieben wird und für die mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16.02.2023 (Az.: 1 BvR 1547/19, 1 BvR 2634/20) ein enger Anwendungsbereich gilt, kam im vorliegenden Projekt zu keiner Zeit zum Einsatz.
- 11 Im Zusammenhang mit der Analyse ist die fundamentale Rolle von Herrn Dr. Gerrit Eichner vom mathematischen Institut der JLU Gießen hervorzuheben, der das Projekt durch seine exzellente Expertise nicht nur bei der Vorbereitung und Durchführung der Auswertung unterstützt, sondern diese in ihrer gegebenen Form überhaupt erst möglich gemacht hat und das Projekt auch in seinem weiteren Fortgang bereichert.
- 12 Eine ausführlichere Darstellung der Auswertungsverfahren erfolgt bei Pfeiffer (vgl. 2024).
- 13 Dankenswerterweise wurde dem Projektleiter bereits vor dem Erscheinen des SKiD-Abschlussberichts der eingesetzte Fragebogen vom Leiter des Sachgebiets Dunkelfeldforschung des BKA und Mitverfasser des SKiD-Berichts, Herrn Dr. Christian Birkel, zur Vorbereitung der randomisierten Kontrollstudie in Kassel zur Verfügung gestellt.

Literatur

- Bannenberg, Britta; Pfeiffer, Tim (2023): Abschlussbericht zum Kooperationsvertrag KOMPASS. Ergebnisse und Schlussfolgerungen. Gießen (unveröffentlicht).
- Birkel, Christoph; Church, Daniel; Erdmann, Anke; Hager, Alisa; Leitgöb-Guzy, Nathalie (2022): Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020. Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder. Wiesbaden.
- Brunner, Edgar; Langer, Frank (1999): Nichtparametrische Analyse longitudinaler Daten. München, Wien.
- Borovec, Krunoslav; Balgač, Iva; Cajner Mraović, Irena (2021): Police Visibility as an Influencing Factor on Citizens' Perception of Safety. In: *Journal of Criminal Justice and Security*, 2, S. 135–160.
- Brettel, Hauke (2022): Zur Kriminologie als forensischer Disziplin. In: *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, 2022, 16, S. 277–285.
- Dau, Philipp; Vandeviver, Christophe; Dewinter, Maite; Vander Beken Tom (2021): Policing Directions: a Systematic Review on the Effectiveness of Police Presence. In: *European Journal on Criminal Policy and Research*, 2023, 29, S. 1–35.
- Dörmann, Uwe; Remmers, Martin (2000): Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbewertung. Eine Ende 1998 durchgeführte Repräsentativbefragung der deutschen Bevölkerung als Replikation früherer Erhebungen. Neuwied u. Kriftel.
- Friede, Tim; Röver, Christian; Mathes, Tim (2023): Verknüpfung von randomisierten kontrollier-
- ten Studien und Real World Data. In: *Prävention und Gesundheitsförderung*, 2023, S. 1–7.
- Gerber, Alan; Green, Donald (2012): *Field Experiments. Design, Analysis and Interpretation*. New York, London.
- Herden, Frederik (2023): Kriminalität und ortsbezogene Unsicherheitsgefühle im kommunalen Raum. Gießen.
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (Hrsg.) (2023): Leitfaden KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel, Auflage 10/23. Wiesbaden. Online abrufbar unter: https://innen.hessen.de/sites/innen.hessen.de/files/2023-11/hmdis_kompass-leitfaden_091023.pdf (letzter Zugriff: 02.12.2023).
- Hinkle, Joshua; Weisburd, David (2008): The irony of broken windows policing. A micro-place study of the relationship between disorder, focused police crackdowns and fear of crime. In: *Journal of Criminal Justice*, 36, S. 503–512.
- Kabisch, Maria; Ruckes, Christian; Seibert-Grafe, Monika; Blettner, Maria (2011): Randomisierte kontrollierte Studien. In: *Deutsches Ärzteblatt*, 108, 39, S. 663–668.
- Kelling, George; Pate, Tony; Dieckman, Duane; Brown, Charles (1974a): The Kansas City Preventive Patrol Experiment. A Summary Report. Washington.
- Kelling, George; Pate, Tony; Dieckman, Duane; Brown, Charles (1974b): The Kansas City Preventive Patrol Experiment: Technical Report. Washington.
- Kelling, George; Pate, Tony; Ferrara, Amy; Brown, Charles; Utne, Mary; Fagan, Thomas; Wilson, Victor; (1981): The Newark Foot Patrol Experiment. Washington.
- Lüpsen, Haiko (2018): Varianzanalysen – Prüfen der Voraussetzungen und nichtparametrische Methoden sowie praktische Anwendungen mit R und SPSS. Köln. Online abrufbar unter: <https://kups.ub.uni-koeln.de/9565/2/nonparanova.pdf> (letzter Zugriff: 14.12.2023).
- Marais, Coenraad Wessel (1992): Policing Styles. In: *Acta Criminologica*, 5, 1, S. 81–85.
- Oberwittler, Dietrich (2016): Skaldokumentation der Befragung „Zusammenleben und Sicherheit in Köln/Essen“ 2014–2015. SENSIKO Working Paper, Nr. 2. Freiburg.
- Pfeiffer, Tim (vgl. 2024): Der Einfluss von Polizeipräsenz auf das subjektive Sicherheitsgefühl und die polizeilich registrierte Kriminalitätslage. Eine randomisierte Kontrollstudie. Gießen.
- Ratcliffe, Jerry (2023): *Evidence-Based Policing. The Basics*. New York.
- Reuband, Karl-Heinz (2000): Polizeipräsenz und Sicherheitsgefühl: Eine vergleichende Analyse auf der Basis von Aggregat- und Individualdaten. In: Liebel, Karlhans; Ohlemacher, Thomas (Hrsg.): *Empirische Polizeiforschung. Interdisziplinäre Perspektiven in einem sich entwickelnden Forschungsfeld*. Herbolzheim.
- Seidensticker, Kai (2022): Predictive Policing. Eine problembehaftete Methode der Kriminalprävention? In: Diebel-Fischer, Hermann; Hellmig, Lutz; Tischler, Maya (Hrsg.) *Technik und Verantwortung im Zeitalter der Digitalisierung*. Rostock, S. 193–218.
- Starcke, Jan (2019): Nachbarschaft und Kriminalitätsfurcht. Eine empirische Untersuchung zum Collective-Efficacy-Ansatz im Städtevergleich. Wiesbaden.